

Protokoll

über Sitzung des Arbeitskreises Haushaltsplan 2014 mit den Bürgermeistern am 18. Dezember 2013, um 15 Uhr im Beratungsraum der Landrätin

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Frau Wehlan begrüßt die Anwesenden sehr herzlich zur ersten Sitzung des Arbeitskreises Haushaltsplan 2014. Die bisherigen Sitzungen der Arbeitskreise Personal und Struktur sowie Haushaltskonsolidierung zum Dezernat II haben in einer sehr aufgeschlossenen Atmosphäre stattgefunden, sodass sie sich auf einen konstruktiven Gedankenaustausch zum Haushaltsplanentwurf 2014 freut.

Die Verwaltung hat zur Einführung herausragende Punkte im Haushaltsplanentwurf 2014 in einer Power-Point-Präsentation zusammengestellt.

Frau Wache knüpft an die vorhergehende Beratung zum Haushaltssicherungskonzept an und erklärt, dass aus dem SG Personal aus Urlaubsgründen kein Vertreter an der heutigen Beratung teilnehmen kann. Es ist verabredet worden, dass konkrete Fragen zur Personalplanung im Rahmen des Arbeitskreises Haushaltssicherungskonzept behandelt werden. Die nächste Beratung findet am 16.1.2014 statt.

Kreisumlage

Frau Schreiber bittet darum, auch die Ist-Zahlen der Vorjahre im Vorbericht anzugeben. Sie fordert auch, dass alle Mehreinnahmen komplett in den Schuldendienst fließen.

Personalkosten

Bei der Erhöhung der Personalkosten um ca. 2 Mio. € sehen Frau Schreiber und Herr Gerhard ein Plausibilitätsproblem. Auf Seite 18 im HASIKO ist beispielsweise angegeben, dass von 13,61 frei werdenden Stellen zwei wieder besetzt werden und auf der anderen Seite stehen 27 Neueinstellungen. Hier wird um Begründung gebeten. Bis zur nächsten Sitzung des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung ist die Diskrepanz zwischen HASIKO und Haushaltsplan aufzuarbeiten (Stufenaufstiege, Ruhestandseintritt, Langzeiterkrankung etc.) Frau Schreiber gibt auch den Hinweis, dass es sich bei der Übernahme von sieben Auszubildenden um sieben Neueinstellungen handelt. Es wird angeregt, eine Übersicht zur Beschäftigtenentwicklung seit 1995 vorzulegen. Frau Schreiber regt weiterhin an, den Ämtern bei künftigen Haushaltsplanungen im Hinblick auf das Personal Zielvorgaben zu machen.

Frau Wehlan räumt ein, dass im Hinblick auf das strategische Personalmanagement, insbesondere bei Fragen der Personalentwicklung und -bewirtschaftung sowie der Organisation, noch erheblicher Nachholbedarf in der Kreisverwaltung besteht. Die Verwaltungsleitung hat nunmehr beschlossen, zum Ende des Jahres 2014 dem Kreistag ein mit dem Personalrat abgestimmtes Personalentwicklungskonzept vorzulegen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Aufgabenkritik.

Zu den Auswirkungen des Zensus auf die Kreisumlage wird in der Sitzung eine Übersicht verteilt. Herr Teschner fragt nach, ob sich die Zensus –Ergebnisse direkt auf den Landkreis auswirken. Eine Antwort wird zugesagt.

Zu Sonderposten und Abschreibungen wird der Hinweis von Seiten der kommunalen Vertreter gegeben, dass diese produktgenau dargestellt werden sollten und hier genau geprüft wird, dass die einzelnen Anlagen auf die richtigen Jahre gesetzt sind. Die Bürgermeister hatten den Eindruck, dass in der Vergangenheit mehr Sonderposten aufgelöst wurden, als zuvor gebildet waren. Sie geben den Hinweis, die Unterlagen aus dem Jahr 2009 genau anzuschauen und anhand des Jahresabschlussberichtes Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Auf die Frage von Herrn Wolter zum Thema Kaufoption Kreishaus und ob diese bereits im Haushaltsplanentwurf 2014 berücksichtigt ist, antwortet Frau Wehlan, dass dies noch nicht erfolgt ist. Die Angaben im Haushaltsplanentwurf beziehen sich noch auf die Zahlung der Leasingrate. Zunächst war der Kreistagsbeschluss, der die Kaufoption favorisiert Voraussetzung, um Kontakt mit dem Innenministerium aufzunehmen. Änderungen im Haushaltsplanentwurf erfolgen sobald Signale aus dem Innenministerium vorliegen.

Frau Wehlan informiert in diesem Zusammenhang, dass sie im Wege eines Amtshilfeersuchens bei der Bürgermeisterin der Stadt Luckenwalde in diesen Fragen Unterstützung durch Frau Mnestek, Kämmerin der Stadt Luckenwalde, erhält. Frau Mnestek erläutert im Folgenden die Auswirkungen der Kaufoption auf den Ergebnis- und Finanzhaushalt des Landkreises. Dabei hat Frau Mnestek vier Varianten durchgerechnet, einmal eine Kreditaufnahme über 10 Jahre, eine über 10 und zwei Kreditaufnahmen, die zur Hälfte über Kredite der KfW finanziert sind. Die 20-Jahres-Variante hat nach ihrer Berechnung einen Vorteil hinsichtlich der Liquidität. Diese Variante favorisiert auch die Landrätin. Frau Wehlan hätte sich gewünscht, dass mehr Zeit für eine ausreichende Diskussion mit den Abgeordneten bleiben würde. Der Fehler liegt bei der Verwaltung.

Ein Gesprächstermin der Landrätin im Innenministerium wird am 7. Januar 2013 stattfinden.

Herr Wolter erklärt, dass er bei der Ausübung der Kaufoption ein deutliches Einsparpotential gegenüber der Fortführung des Leasingvertrages erkennen könne.

Zuschüsse an Beteiligungen

Frau Wehlan informiert, dass die Zielvereinbarung für die SWFG mbH 2013 abläuft und eine neue sich noch im Diskussionsprozess befindet. (Verwiesen wird an dieser Stelle auf das Haushaltssicherungskonzept S. 21)

Die geplanten Zuschüsse für die Flugplatzgesellschaft Schönhagen werfen Fragen hinsichtlich der Steigerung von 2013 zu 2014 auf. Eine Prüfung wird zugesichert.

Grundsätzlich gehe es darum, so Frau Schreiber, dass sich das Ausgabeverhalten der Gesellschaften ändert.

Herr Gerhard fragt nach, warum es für die GAG keine Zielvereinbarung gibt und welche geschäftlichen Beziehungen zwischen SWFG mbH und GAG bestehen.

Frau Wehlan erklärt, dass an diesem Thema gearbeitet werde und das Problem erkannt sei.

Bürgerschaftsübersichten

Da eine aktuelle Übersicht vorliegt, aus der hervorgeht, dass zwei Kredite der SWFG per 31.12.2013 und einer per 31.12.2014 getilgt wurden bzw. werden, wird der Vorbericht entsprechend geändert.

Herr Gerhard und Herr Teschner verlassen die Beratung. Ihr Dank richtet sich insbesondere an Frau Wache und ihr Team für die Vorbereitung der Sitzung. Es handle sich um eine neue Qualität der Haushaltsdiskussion, die die Landrätin eingeleitet hat. Beide äußern, dass sie das Gefühl haben, dass Vorschläge und Hinweise ernst genommen werden.

Frau Schreiber schließt sich dem an und gibt im Folgenden Hinweise bzw. stellt Fragen zum Haushaltssicherungskonzept. Frau Wehlan sichert eine Klärung bis zur nächsten Sitzung des Arbeitskreises Haushaltssicherungskonzept zu.

S. 4 - Steigerung der Leistungen im Jugend und Sozialbereich

Es wird eine produktgenaue Zuordnung der Erträge und Aufwendungen angeregt.

Hinterfragt werden u. a. die Zuschüsse, die der Landkreis für die Jugendtischlerei in Höhe von 400.000 € zahlt. Hier wird eine Erläuterung gewünscht.

S.22 ff

Der Unterschied zwischen Unteren Bauaufsichtsbehörde und Bauamt wird nicht deutlich. Die Formulierung ist bitte zu überarbeiten.

Weiterhin wird der Hinweis gegeben, dass nicht bei allen Fachämtern die Personalausgaben angegeben sind. Sie bittet darum, die Angaben zu ergänzen.

S. 24

Zweiter Absatz unter der Tabelle: Aussage, dass pflichtige Aufgaben des Jugendamtes nicht disponibel sind.

Es wird um Erklärung gebeten, was freiwillige Aufgaben des Jugendamtes sind.

S. 26

In der unteren Tabelle sind die Zahlen zu prüfen.

S. 32

Darstellung der freiwilligen Aufgaben – Die Darstellung ist evtl. nicht vollständig. Es wird um Prüfung gebeten.

S. 34 Kreisumlage

Es sollten die Ist-Zahlen mit angegeben werden.

S.37 Aufforstung von kreiseigenem Wald

Es ist zu prüfen, ob Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen als waldverbessernde Maßnahmen im kreiseigenen Wald durchgeführt werden können.

2014

S. 11

Die Herstellung einer Imagebroschüre sollte über Anzeigen finanziert werden.

S. 46 - Möbelbörse

Es wurde nachgefragt, warum die Halbierung des Zuschusses als Konsolidierungsbeitrag ausgewiesen ist, wenn der Träger die Arbeit eingestellt hat. Frau Wehlan erklärt, dass die Frage stand, ob ein anderer Träger die Möbelbörse weiterführen sollte. Hier ist die Entscheidung gefallen, dass eine Möbelbörse ausreichend ist. Es wird um Prüfung gebeten.

S. 54 - Dienstfahrzeug für den Netzwerkshelfer

Es wird angeregt, das Fahrzeug anderweitig zuzuordnen.

S. 37/38 (Hinweis von Frau Mnestek)

Maßnahmen des Straßenverkehrsamtes im HASIKO stimmen nicht mit dem Haushaltsplan überein. Es wird um Prüfung der Zahlen gebeten.

Frau Wehlan bedankt sich sehr herzlich für das aktive Mittun und für die Hinweise und Fragen der kommunalen Vertreter. Sie sichert die Beantwortung bis spätestens 16.1. 2014 zu.

Der Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung wird sich auch den Personalfragen widmen, sodass zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch kein neuer Termin für den Arbeitskreis Haushaltsplan vereinbart werden sollte. Vertreter des SG Personal und Organisation werden an der Sitzung am 16.1.2014 teilnehmen und Auskunft geben. Die Bürgermeister werden über die Einladung entsprechend informiert und gebeten, ihre Vertreter im Arbeitskreis Personal und Organisation in Kenntnis zu setzen.

Wehlan